

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 39.

Charlottenburg, Freitag, den 24. September 1920.

Jahrg. 47.

Haltet den Verband hoch!

Im allgemeinen können wir Arbeiter in der feinkeramischen Industrie noch nicht darüber klagen, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der beruflichen Organisation gefährdet wäre. Von einem Orte zwar wurde uns unlängst bekannt, daß einige radikale Heißsporne dabei wären, unserem Verbands den Rücken zu kehren, um Mitglieder einer syndikalistischen Organisation zu werden. Das gesunde Empfinden und Verständnis für die Notwendigkeiten unserer Lage der Kollegen an diesem Orte dürfte jedoch ausreichen, um derartigen Quertreibereien einen Riegel vorschieben zu können. In manchen anderen Berufen sieht es in dieser Beziehung ungünstiger aus. Weil diese Spuren schreden, halten wir für angebracht, unsere Kollegen beizeiten zu warnen und sie hinzuweisen auf die elementare Tatsache, daß wir nichts notwendiger brauchen, als die Erhaltung der Einheitlichkeit und Geschlossenheit unserer beruflichen Organisation. Die Zerrissenheit der politischen Arbeiterbewegung hat bisher schon genug geschadet, daß es geradezu ein Gebot der Selbsterhaltung für die Arbeiterklasse ist, ihre gewerkschaftlichen Organisationen intakt und aktionsfähig zu erhalten. Daß die Gefahr besteht, den politischen Richtungsstreit auch in die Gewerkschaften zu tragen, ist leider eine Tatsache, der gegenüber eine Vogelstraußpolitik nicht am Platze ist.

In einigen Industriezentren bestehen bereits kommunistisch-syndikalistische Unionen oder Betriebsorganisationen, die, wie die „Vergarbeiterzeitung“ mit Recht sagt, nichts weiter sind, als ein Blattschiff der früheren gelben Werkverbände und die Arbeiter nicht zur Macht bringen, sondern zur Ohnmacht verurteilen. In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission (die übrigens auf dem radikalen Standpunkt steht) und dem Ortskartell der Afa wurde zur Frage der Betriebsorganisationen Stellung genommen und ein Beschluß gefaßt, der die zutreffende Charakterisierung der Betriebsorganisation enthält. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 1. September 1920 in der „Neuen Welt“ in Berlin versammelten Funktionäre aller freien Gewerkschaften und der Afa verurteilen auf das schärfste die Gründung und Propaganda von Betriebsorganisationen. Sie erblicken darin eine gegen das Klasseninteresse aller Arbeiter gerichtete Handlung, die geeignet ist, die Geschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Sie auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Arbeiter müssen die Betriebsorganisationen ablehnen, weil sie in ihrer Richtung reaktionär sind, indem sie von der Führung des Klassenkampfes gegen das Gesamtunternehmertum ablenken. Die Anhänger der Betriebsorganisationen betreiben dadurch bewußt oder unbewußt die Geschäfte der Unternehmer. Die Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Afa befunden aufs neue, daß sie an der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung nicht rütteln lassen und daß sie jede Zersplitterung und Quertreiberei mit den schärfsten Mitteln bekämpfen werden. Wer sich für die Betriebsorganisationen betätigt, stellt sich dadurch außerhalb der freien Gewerkschaften und der Afa.“

Mit der in vorstehender Entschließung zum Ausdruck gebrachten Auffassung wird sich jeder einverstanden erklären müssen, es mit der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben ernst ist.

Sedoch ist die Gefahr der Absplitterung gegenwärtig nicht die einzige, sondern es droht den Gewerkschaften eine andere nicht geringere von jener Seite. In der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei tobt der Kampf um die Frage, ob für sie ein Antritt an die 3. Internationale, die ihren Sitz in Moskau hat, in Frage kommen kann oder nicht. In diesen Kampf einzumischen, würde für uns als Gewerkschaft kein Anlaß, sofern die Gewerkschaften hierbei aus dem Spiel gelassen würden. Leider ist das letztere nicht der Fall. Der Eintritt in die Moskauer kommunistische Internationale ist für die U. S. P. nur dann zu erreichen, wenn die von Moskau aufgestellten Bedingungen — 21 Punkte — erfüllt werden. Ueber die Gewerkschaften heißt es in diesen Bedingungen:

„9. Jede Partei, die der kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

10. Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale“ der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die bestehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.“

Hier wird in klarer und bestimmter Form verlangt, den Bruderkampf in schärfster Form zu entfesseln innerhalb der Gewerkschaften.

Kommunistische „Zellen“ sollen innerhalb der Gewerkschaften gebildet werden, und diese sollen wiederum der Partei unterstellt werden, d. h. der Partei, die ihren Sitz in Moskau hat. Welcher Art die Zustände sein würden, die sich dann unter der Moskauer Oberherrschaft bei uns entwickeln würden, können wir erraten, wenn wir die Berichte lesen, die in den jüngsten Tagen von der nach Moskau entsandten U. S. P.-Delegation veröffentlicht wurden. Diese gewähren einen interessanten Einblick in die Verhältnisse, die sich unter der Bolschewisten-Herrschaft in Rußland entwickelt haben. Die deutschen Arbeiter, die im November 1918 das bis dahin bestandene halbabsolutistische System abgeschüttelt haben, werden sicher kein Verlangen haben, den halbasiatischen Absolutismus dafür einzuführen, auch dann nicht, wenn er sich in ein bolschewistisches Gewand hüllt. Man bezeichnet diesen Zustand in Rußland als die Diktatur des Proletariats.

Wenn es eine solche geben sollte und könnte, dann doch nicht anders, als daß das Proletariat als geschlossenes Ganzes seinen Willen den nichtproletarischen Schichten der Bevölkerung aufzwingt. Wäre das der Fall, dann brauchte man von einer Diktatur nicht mehr zu reden. Das Proletariat macht in jedem Lande den weit überwiegenden Teil der Bevölkerung aus. In dem Augenblick, in dem das Proletariat als Mehrheit die Herrschaft über die Minderheit antreten würde, brauchte es den Boden der Demokratie nicht zu verlassen. Auch in Rußland kann von einer Diktatur des Proletariats nicht gesprochen werden. Dort üben eine Handvoll Männer, die sich selbst zu Führern eingesetzt haben, die schrankenloseste Diktatur über das Proletariat aus.

Was soll man dazu sagen, daß die Zentrale der modernen freigewerkschaftlichen Organisationen in Amsterdam als die „Internationale der gelben Gewerkschaften“ bezeichnet wird? Wir glauben, daß diese zu hoch steht, als daß sie von Anwürfen aus Moskau erreicht werden könnte.

Den Versuchen, die Gewerkschaften zu zertrümmern, stelle man gegenüber das Vorgehen der Unternehmer, die ihre Macht mehr und mehr zusammenfassen und heute als ein einheitliches, geschlossenes Ganzes der deutschen Arbeiterschaft gegenüberstehen. Diese haben einen Zentralausschuß gebildet, in dem die landwirtschaftlichen Unternehmungen und die Spitzenverbände von Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe zusammengeschlossen sind. Dieser Vereinigung gehören an:

Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Reichsverband der Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband der Bankleitungen, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe.

Als der Zweck dieses Zusammenschlusses wird angegeben: die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.

In Verbindung damit beachte man die Notiz, die der „Sprechsaal“ kürzlich veröffentlichte, daß sich in Berlin, Burggrafenstr. 11, der „Deutsche Streikklub“, Entschädigungsgesellschaft der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände befindet. Diese Gesellschaft ist auch erst kürzlich gegründet worden. Dieser Streikversicherung können nur Unternehmerverbände angehören, die Mitglied der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ sind. —

Gibt es im Unternehmerlager nicht auch Gegensätze politischer und wirtschaftlicher Natur? Ei gewiß. Die Unternehmer sind aber nicht so unflug, diese Gegensätze in Erscheinung treten zu lassen, sofern es sich um den Kampf gegen die Arbeiter handelt. In letzterem Falle kommen für sie alle ohne Unterschied gleiche Interessen in Frage, zu deren Wahrnehmung sie eine geschlossene Organisation sich geschaffen haben.

Wir wissen, daß der Achthundentag den Unternehmern nicht gefällt. Solange es nicht möglich ist, diesen auf gesetzlichem Wege wieder beseitigen zu können, wird es aber versucht werden, denselben nach Möglichkeit zu durchlöchern. Um Mittel und Wege hierzu werden die Unternehmer nicht verlegen sein. Mit Argusaugen wird darüber gewacht, daß ja nicht etwa ein Unternehmer sich einsinken läßt, auch nur einige Minuten von der 48 Stunden-Arbeitswoche sich abhandeln zu lassen. Die Handhabung des Betriebsrätegesetzes wird nach einheitlichen Direktiven erfolgen, die von der Oberleitung der vereinigten Arbeitgeberverbände gegeben werden. Nach welcher Schablone gearbeitet wird, haben unsere Mitglieder ersehen können aus der Notiz, die wir in Nr. 36 der „Ameise“ unter der Überschrift: „Aus Unternehmerkreisen“ veröffentlichten. Vielleicht sehen auch diejenigen Kollegen von uns, die fortwährend unter der Befürchtung leiden, daß der Klassenkampfstandpunkt der Gewerkschaften verwässert werde, nunmehr ein, daß niemand mehr als die Unternehmer dafür sorgen, daß die Kämpfe nicht abreißen können; denn um etwas anderes handelt es sich bei dem Zusammenschluß der Unternehmer nicht, als um härtesten Kampf für ihre Interessen gegen die Arbeiterschaft. Die Unternehmer wissen, daß die Arbeiter einen Ausbau der Sozialgesetzgebung erstreben, um den schlimmsten Folgen des Ausbeutungssystems begegnen zu können; sie wissen, daß die Arbeiter eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes erstreben, das weit über den Rahmen hinausgehen soll, der heute im Betriebsrätegesetz gezogen ist; sie wissen, daß die Arbeiter sich einem Lohnabbau widersetzen, sie kennen die Sozialisierungsbestrebungen der Arbeiter und manches andere.

Es ist das gute Recht der Unternehmer, die Macht reiflos auszunützen, die ihnen durch den Zusammenschluß in ihren wirtschaftlichen Organisationen gegeben ist. Was wir wünschen müssen, ist, daß auch die Arbeiter daraus lernen, alles Trennende beiseite zu stellen und ihre Kraft in einheitlichen Organisationen zu konzentrieren. Die Unternehmer kennen keine Trennung nach politischen oder religiösen Gesichtspunkten. Auf dem Boden der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen sind sie einig und geschlossen, unbeschadet aller Gegensätze, die sonst auch unter ihnen bestehen. Die Gewerkschaften fragen ihre Mitglieder auch nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. Sie sind parteipolitisch neutral.

Die Moskauer Richtung will jedoch aus den deutschen Gewerkschaften Anhänger der kommunistischen Partei machen, die in jeder Beziehung abhängig sein sollen von den Befehlen, die von der Parteileitung gegeben werden.

Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie allen Versuchen, in unserem Verbands „kommunistische Zellen“ nach Moskauer Diktat zu errichten, wirksam zu begegnen wissen werden. Die einheitliche Kampfesfront der Gewerkschaften war niemals notwendiger denn heute, wo uns ein bis an die Zähne bewaffnetes Unternehmertum in einheitlicher und geschlossener Kampfesfront gegenübersteht. Haltet Euren Verband hoch, schützt den selben gegen alle Zerstörungsversuche; sie mögen kommen, von woher sie wollen.

Das Existenzminimum im August 1920.

Von Dr. R. Ruczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums unterliegen seit einigen Monaten erheblichen Schwankungen. Nachdem sie bis zum März andauernd gestiegen waren, sind sie im Juni bedeutend gesunken, im Juli wieder etwas gestiegen und im August wieder etwas gefallen. Daß die Entwicklung so sprunghaft verläuft, beruht vor allem darauf, daß die Wirkungen des Preisabbaues für Kleider, Wäsche und Schuhwerk infolge der Unregelmäßigkeit in der Rohstoffbelieferung und infolge der Einführung des Steuerabzugs nicht voll zur Geltung kommen konnten. Am geringsten waren die Veränderungen in den Preisen der rationierten Nahrungsmittel. Sie waren nach wie vor sehr teuer. Im August 1920 kostete in Groß-Berlin Milch 5mal soviel wie vor sieben Jahren, Brot 10mal soviel, Kartoffeln und Butter 14mal soviel, Zucker 16mal soviel, Schmalz 24mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 2. bis 29. August wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis August 1920 Pf.	Preis August 1913 Pf.
7600 g Brot	1800	189
1235 g Nahrungsmittel	615	61
125 g Binsen	88	5
125 g Haserlakao	430	30
13000 g Kartoffeln	1125	80
1000 g Fleisch	1860	190
80 g Butter	300	21
750 g Schmalz	2640	111
1075 g Zucker	850	52
500 g Marmelade, Kunsthonig	590	30
	10298	769

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 102,98 Mark zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 7,69 Mark kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochen durchschnitt nur etwa 11 900 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 24 Mark ansetzen können. Eine Frau braucht etwa $7 \times 2400 = 16 800$ Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von $16 800 \text{ minus } 11 900 = 4900$ Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich noch 2 Pfund Kartoffeln für 0,90 Mark, $1\frac{1}{2}$ Pfund Graupen für 3 Mark, 1 Pfund weiße Bohnen für 2,70 Mark und 3 Pfund Gemüse für 1,50 Mark verschaffte. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel hätte also 32 Mark gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa $7 \times 3000 = 21 000$ Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch 5 Pfund Gemüse für 2,50 Mark, 1 Pfund Reis für 6,45 Mark und $\frac{1}{2}$ Pfund Margarine für 5,65 Mark. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 47 Mark kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 127 Mark wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mark, für Heizung 14,90 Mark, für Beleuchtung 6 Mark.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen Mann 30 Mark, Frau 20 Mark, Kind 10 Mark.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von einem Drittel machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den August 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehe- paar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	47	79	127
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	21	21	21
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	36	53	76
	143	212	303

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 24 M., für ein kinderloses Ehepaar 35 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 50 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7450 M., für das kinderlose Ehepaar 11 050 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 15 800 M.

Vom August 1913 bis zum August 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,80 M. auf 143 M., d. h. auf das 8,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,35 M. auf 212 M., d. h. auf das 9,5fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,85 M. auf 303 M., d. h. auf das 10,5fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 11 Pf. wert. (Im Juli war die Mark 9 bis 10 Pf., im Juni 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

Zwei Vorschläge zur Sozialisierung des Bergbaues.

Nach dem Reichswirtschaftsministerium soll es nicht möglich sein, den Bericht der Sozialisierungskommission in kurzer Zeit zu veröffentlichen. Der Presse ist darum ein Auszug übermittelt worden, worin es u. a. heißt:

Der Kohlenbergbau als die wichtigste Grundlage aller industriellen Produktion hatte nach der Revolution zuerst den Versuch einer gemeinwirtschaftlichen Regelung erfahren durch das Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 und seine Ausführungsbestimmungen. Die amtlichen Kohlenyndikate wurden zu einem einheitlichen Zentralyndikat im Reichskohlenverband zusammengefaßt und über dieses noch ein Fachparlament, der Reichskohlenrat, gesetzt. Dieser trat jedoch nach innen und außen wenig in die Erscheinung und gegenüber den geschlossenen Reihen der im Reichskohlenverband vereinigten Kohlenproduzenten und Händler erwiesen sich auch nach allgemeiner Auffassung die Einspruchsrechte des Reichswirtschaftsministeriums, z. B. gegen Kohlenpreiserhöhung, auf die Dauer als unzulänglich. Diesem Zustand suchte ein Abänderungsgesetzentwurf des Reichswirtschaftsministeriums dadurch abzuhelfen, daß er den Reichskohlenverband auflösen und seine Rechte dem Reichskohlenrat übertragen und in dessen Zusammensetzung den Einfluß der Verbraucher verstärken wollte. Infolge der Reichstagsneuwahlen gelangte aber dieser Vorschlag im Reichskohlenrat nicht mehr zur Entscheidung.

An diese vereinfachte Organisation, welche den Reichskohlenrat und das von ihm zu bestellende Direktorium zum Träger der gesamten Kohlenwirtschaft macht, knüpft ein Vorschlag (Rathenau) der Sozialisierungskommission an. Wesentlich ist, daß nicht wie immer der Verbrauch der Kohlen auf Rechnung der Werke stattfindet. Nach diesem Vorschlag soll jede Zeche ihre Förderung zu dem buchmäßig festgelegten Selbstkostenpreis dem Reichskohlenrat überlassen, der das alleinige Kohलगроßhandelsmonopol erhält und die Verkaufspreise seinerseits festsetzt. Außer den Ansätzen der Selbstkosten einschließlich angemessener Abschreibungen und Rückstellungen zahlt der Reichskohlenrat den Zechenbesitzern:

1. Die Zinsen und Tilgungsquoten der auf den Unternehmungen lastenden Schulden.
2. Die Zinsen und Tilgungsquoten für Neuinvestitionen.
3. Die normalen festen Zinsen für das in dem Betrieb arbeitende verantwortliche Kapital.
4. Prämien für gesteigerte (und entsprechende Abzüge für schuldhaft verminderte) Produktivität jedes Werkes, sowie auch für soziale Betriebsverbesserungen.

Entsprechende Prämien erhalten auch Arbeiter und Angestellte. Betriebsverbesserungen kann der Reichskohlenrat von den Zechen verlangen, oder die Werke können sich die vorzunehmenden Anlagen vom Reichskohlenrat genehmigen lassen, wobei dann entweder der Reichskohlenrat oder der Unternehmer die nötigen Beiträge zur Veranlagung stellt. Um aber der Privatinitiative noch einen Spielraum zu lassen, darf der Unternehmer auch gegen den Reichskohlenrat auf eigenes Risiko Investitionen durchführen, die, wenn sie sich bewähren, in derselben Weise wie vorher genannte

Anlagen eventuell sogar höher zugunsten des betreffenden Werkes angerechnet werden müssen. Durch diese Bestimmungen verliere der Unternehmer jedes Interesse eines Hochtreibens des Kohlenpreises, da Handel und Handelsgewinne ihm völlig entzogen worden sind. Auch zu hohe Selbstkosten können ihm nichts nützen, da seine Bücher von den Treuhändern des Reichskohlenrats geprüft werden. Der einzige Weg, der ihm zur Betätigung seines Gewinnstrebens bleibt, ist Verbesserung seines Betriebes in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Das Profitinteresse des Unternehmers, das bisher unsere Wirtschaft trieb, bleibt nach Ansicht dieses Vorschlages aufrecht erhalten, kann sich aber nur mehr in der Richtung des allgemeinen Interesses auswirken.

Bei dieser Organisation will es der rechte Flügel der Kommission, bestehend aus den Herren von Siemens und Vogelfstein, bis auf weiteres bewenden lassen. Die übrigen acht Unterzeichner des Vorschlages aber gehen weiter, und auch Herr v. Batodt schließt sich unter Vorbehalt von Bedenken, die er mit den vorgenannten Herren teilt, ihnen an. Sie betrachten die geschilderte Regelung nur als Provisorium, dem in höchstens 30 Jahren eine Vollsozialisierung folgen solle, in der Voraussetzung, daß sich bis dahin eine sozialwirtschaftliche Gesinnung zur ausreichenden Tragfähigkeit gefestigt haben wird. Die Ueberführung in die öffentliche Hand soll so gestaltet werden, daß in der Zwischenzeit ein Tilgungsfonds aus den Einnahmen der Kohlenwirtschaft angesammelt wird. (Während Professor Weber entsprechend dem nächsten Vorschlag die Tilgung wenigstens teilweise durch Ausgabe von Obligationen vornehmen will.)

Die Vollsozialisierung will ein anderer Vorschlag (Prof. Lederer) nicht erst nach einem Menschenalter, sondern sofort herbeiführen durch Enteignung der Grubenbesitzer. Alleiniger Träger aller Besitzrechte auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues soll die Allgemeinheit sein, vertreten durch den gemeinsamen Wirtschaftskörper der Deutschen Kohलगemeinschaft und deren Organisationen: Reichskohlenrat und Reichskohlendirektorium. Damit geht im Gegensatz zum 1. Vorschlag auch die Einsetzung der Betriebsleiter und die Verantwortung für den täglichen Betrieb auf den Reichskohlenrat bzw. das Reichskohlendirektorium über. Ein Produktivitätsprämientarif als Antriebsmittel besteht auch hier, aber nur für Betriebsleiter, Angestellte und Belegschaften. Eine Verstaatlichung mit ihren Gefahren des Fiskalismus und der Bureaucratie findet nach Ansicht dieses Vorschlages nicht statt. Im Gegenteil sollen auch die bestehenden staatlichen Zechen durch Uebergang auf die Kohलगemeinschaft entstaatlicht werden. Die Geschäftsführung der Kohलगemeinschaft geschieht kaufmännisch, nicht nur durch Beamte, sondern durch Angestellte.

Der erste Vorschlag ist unterzeichnet von den Herren Baltrusch, v. Batodt, Cohen, Krämer, Melchior, Neustädt, Rathenau, v. Siemens, Vogelfstein, Weber, Wiffell; der letzte Vorschlag von den Herren Braun, Gilsberding, Hue, Kaufmann, Kautsch, Kuczynski, Lederer, Lindemann, Umbreit, Werner, von welchen die Herren Hue, Kaufmann, Lindemann, Umbreit und Werner im Falle der Ablehnung ihres Vorschlages dem ersten Vorschlag als Eventualantrag beitreten. Angefügt sind Sondermeinungen der Herren v. Batodt, Lindemann, v. Siemens, Vogelfstein, Weber, deren Inhalt zum Teil schon erwähnt wurde. v. Batodt, Vogelfstein und v. Siemer weisen außerdem auf die Wichtigkeit und Schwierigkeiten einer genauen Ausarbeitung des Prämientarifs hin, der auch alltägliche Verbesserungen berücksichtigen muß. Herr Lindemann will dem Reichskohlendirektorium eine unabhängige und selbständige Stellung auch gegenüber dem Reichskohlenrat geben und es vom Reichskanzler ernennen lassen. Herr Krämer behält sich Stellungnahme zu Einzelheiten im Reichswirtschaftsrat vor.

(„Vergarbeiterzeitung.“)

Zur Frage des Einheitslohnes für Arbeiterinnen

schreibt Friedrich Kleis im „Korrespondenzblatt“:

Während des Krieges wurden infolge des Mangels an Arbeitskräften große Scharen Arbeiterinnen allen gewerblichen Betrieben zugeführt. Die Rückkehr der Kriegsteilnehmer und das Daniederliegen unserer Volkswirtschaft bewirken, daß jene Arbeiterinnen in großem Umfang zur Entlassung kommen und erwerbslos sind. In den letzten Monaten wurden bei allen Arbeitsnachweisen des Deutschen Reiches weit mehr als doppelt soviel weibliche Arbeitsuchende gemeldet, als für sie offene Stellen vorhanden waren. Auch im Handelsgewerbe war die Zahl der weiblichen Stellensuchenden fast doppelt so groß wie die der gemeldeten offenen Stellen. Dabei ist zu bedenken, daß die meisten Arbeitsnachweise die Arbeitsgesuche von verheirateten Frauen schon längst ablehnen, diese also schon gar nicht mehr in den Berichtsziffern erscheinen. Es wird nun von allen Arbeitsnachweisen die Beobachtung gemacht, daß namentlich die älteren Arbeiterinnen meist zu

recht langer Erwerbslosigkeit beurteilt sind. Die Not dieser wächst sich zu ganz unhaltbaren Zuständen heraus. Wenn sie nicht auf diese oder jene Weise zugrunde gehen sollen, muß etwas für sie geschehen. Soweit wir die Dinge kennen, können hier die Gewerkschaften recht viel mithelfen, und zwar durch eine Milderung ihrer Tarifvertragspolitik.

Die Tarifverträge, die doch geschaffen sind, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterchaft zu heben und zu sichern, schließen durch ihren Aufbau die Verwirklichung dieser Absicht bei den älteren Arbeiterinnen fast gänzlich aus. Die Lohnsätze staffeln sich bei den meisten Tarifverträgen nach dem Alter auch der Arbeiterinnen, und zwar oft in recht kräftigen Abstufungen. Häufig wird unterschieden zwischen Arbeiterinnen bis zum 18. Lebensjahr und solchen bis zum 20. und dann bis zum 22. Jahr usw. Diese Einrichtung beruht auf dem an sich ganz richtigen Grundgedanken, daß der Mensch, je älter er ist, je mehr auf sich selbst und auf ein ausreichendes Einkommen eingestellt ist und daher im Laufe der Jahre sein Lohn eine automatische Steigerung erfahren muß. Aber gerade diese Tarifpolitik wird den älteren Arbeiterinnen zum Verhängnis. Die höheren Löhne, die ihnen gezahlt werden, bestimmen die Unternehmer, ihre Einstellung vielfach abzulehnen. So sind die älteren weiblichen Erwerbsbedürftigen häufig gezwungen, sich mit der geringen Arbeitslosenunterstützung zu begnügen oder ihren Beruf zu wechseln, während jüngere Kräfte, vorzüglich solche unter 18 Jahren, stark begehrt werden.

Gewiß ist es richtig, daß auch diese jüngeren Arbeiterinnen verhältnismäßig genügend bezahlt werden, denn sie leben meist im Haushalt der Eltern, wodurch geringere wirtschaftliche Anforderungen an sie gestellt werden. Obendrein wird zur Begründung von Unternehmern nicht selten gesagt — ob mit Recht oder Unrecht, sei hier dahingestellt — die hohen Löhne solcher meist bei den Eltern wohnenden jungen Mädchen verleite diese zu großen Ansprüchen und großen Ausgaben. Dagegen liegt den älteren Mädchen (auch das muß den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend hier festgestellt werden) oft die Sorge für die Ernährung der Mutter und Geschwister und unehelichen Kinder ob. Sie haben daher häufig mit schweren wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Alle diese Umstände lassen die Staffelung der Löhne nach Altersstufen erklärlich erscheinen. Es fragt sich nur, ob diese ja auch bei der Entlohnung der männlichen Arbeiter üblichen Grundsätze (wo sie zweifellos ihre Berechtigung haben) so ohne weiteres auch auf die weiblichen übertragen werden können.

Es muß hier vor allem darauf hingewiesen werden, daß gewerbliche Arbeiterinnen im allgemeinen nur zu mechanischen Hilfsleistungen herangezogen werden. Diese erfordern wohl eine gewisse Übung, selten aber längere Lehrzeit und Qualitätsleistungen. Die Reife und Erfahrung höheren Lebensalters ist dabei selten vonnöten und wird im allgemeinen nur ausnahmsweise gefordert, besonders dann nicht, wenn eine höhere geldliche Bewertung damit verbunden ist. Außerdem sind viele Arbeitgeber der Ansicht, daß jugendliche Arbeiterinnen elastischer, aufnahmefähiger und fingerfertiger sind als die Älteren, und daß die durch keinerlei familiäre Verpflichtungen gestörte Unabhängigkeit ein günstiger Faktor ist. Im allgemeinen wird eben die durch langjährige Tätigkeit erworbene größere Reife und Zuverlässigkeit durch die Arbeitgeber nur dann entsprechend bewertet und tarifmäßig bezahlt, wenn es sich um wirklich verantwortungsvolle Posten handelt. Solche sind aber den weiblichen Arbeitskräften eigentlich nur während des Krieges übertragen gewesen. Sie sind ihnen meist durch die Anordnungen der Demobilisierungskommissionen zugunsten der heimkehrenden Krieger (Freimachung von Arbeitsstellen) wieder entzogen worden. Auf Grund dieser ganzen Sachlage ist für die Arbeitgeber somit wenig Grund vorhanden, sich der weit teureren älteren Arbeitskräfte zu bedienen.

Wie kann nun dem Notstand abgeholfen werden? Zwei Maßnahmen kommen in Frage. Der einfachste Weg wäre wohl ein Zusatz zu den Tarifverträgen, daß jeder Betrieb, der eine größere Anzahl weiblicher Arbeitskräfte beschäftigt, einen bestimmten Prozentsatz über 25 Jahre alte Arbeiterinnen einstellen muß, für die dann vielleicht ein Mindestlohn festzusetzen wäre. Wenn hier die Unternehmer der Betrieb könne eine Belastung durch höhere Löhne nicht tragen, so käme in Frage eine Prüfung der Tragfähigkeit der Geschäftsbücher. Ob dieser Weg des Zwanges wirklich zuverlässig ist und zum gewünschten Ziel führt, ist nicht zu sagen. Jedenfalls wird er zeitraubend sein und nicht ohne Folgen hinterlassen.

Der andere Weg ist die Einführung eines Einheitslohnes für alle Arbeiterinnen, wie ihn tatsächlich schon eine Anzahl Tarifverträge vorsehen. Namentlich für Handels- und Transportarbeiter sind solche Einrichtungen schon häufig anzutreffen. Gewiß hat dieses Verfahren den Nachteil, den Wert der Qualitätsarbeit herabzudrücken. Immerhin wird dieser Fall in der Praxis selten

eintreten und deshalb nicht von größerer sozialer Bedeutung sein. Die Wirkungen ließen sich auch durch Sonderbestimmungen für gewisse Qualitätsarbeiten herabmindern. Es kann das Bedenken geltend gemacht werden, daß bei zahlreicherer Einstellung älterer Arbeiterinnen wieder viele jugendliche brotlos werden. Es gäbe aber Mittel und Wege, eine Notlage der Letzteren zu verhindern. Es könnte vielleicht den Fabrikbetrieben, die schon vor Einführung solcher Tarifverträge aus technischen Gründen viele ganz junge Arbeiterinnen beschäftigten, ein etwas geringerer Einheitslohn, zu dem diese jüngeren Arbeiterinnen beschäftigt werden dürfen, zugestimmt werden. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß von arbeiterfreundlichen Leuten selbst es schon allzu oft ganz zweckmäßig befunden worden ist, daß die ganz jungen Mädchen ein bis zwei Jahre hauswirtschaftliche Arbeit verrichten, selbst für den Fall, daß sie später doch Fabrikarbeit aufnehmen oder weiter verrichten. Eine solche Übung in häuslichen Arbeiten würde eine vorzügliche Grundlage für die spätere Tätigkeit der Hausfrau und Mutter geben. Die heutigen außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern auch gute Kenntnisse zur Führung eines Haushaltes. Wenn die eigentliche Berufsarbeit später beginnt, so würde das keinerlei Einwirkungen oder Nachteile für den Einheitslohn haben.

Jedenfalls sollte diesen Anregungen bei der zukünftigen Tarifvertragspolitik Beachtung geschenkt werden. Die Verträge müssen auch solche allgemein volkswirtschaftliche Umstände berücksichtigen und sich den jeweiligen Besonderheiten des Wirtschaftslebens anpassen. Die Lage des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes ist jetzt eben eine andere als vor dem Krieg und auch anders als während des Krieges.

Aus unserem Verufe.

Bernhard Horn †

In Zeitz, woselbst er zuletzt ein Zigarrengeschäft betrieb, ist unser Kollege Bernhard Horn im Alter von 68 Jahren gestorben. Horns Wirkungskreis war der Westkreis des Altenburger Landes und die Stadt Naumburg, wo er lange Jahre seinen Wohnsitz hatte, insbesondere. Seine Haupttätigkeit lag auf politischem Gebiet, jedoch hat er auch für unseren Verband, sowie für die gewerkschaftliche Bewegung gearbeitet. Im Jahre 1899 war er Delegierter auf unserer Verbands-Generalversammlung in Rudolstadt. Unter dem Sozialistengesetz wurde Horn wiederholt von einer Stelle nach der anderen getrieben, so daß er durch die andauernden Verfolgungen mit seiner Familie in die drückendsten Verhältnisse geriet. Jedoch war Bernhard Horn durch Schicksal jeder Art nicht von seinem einmal eingenommenen Standpunkt abzubringen. Ein treuer Kämpfer für die Sache des Proletariats ist mit ihm dahingegangen, dessen Andenken auch in unseren Reihen in Ehren gehalten werden wird.

Die Beseitigung der freibleibenden Preise. Ueber die Lage der Porzellanindustrie machte der Fachberichterstatter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ u. a. seiner Zeitung folgende Mitteilung: „Die Luxusporzellanindustrie, welche vorwiegend in Thüringen zu Hause ist, hat auf der letzten Frühjahrsmesse sehr große Ordres aufgenommen, die die Betriebe auf mindestens ein Jahr hinaus beschäftigt hätten. Starke Lohnforderungen, Preissteigerungen der Rohmaterialien, der Rohle und des Holzes bedingten Anfang Mai einen weiteren Preisaufschlag von 33 1/3 Proz. auf die zu Frühjahrsmesse geltenden Preise des Porzellans. Dieser Aufschlag wurde von den inländischen Händlern als Grund zu Annullierungen benutzt, die in so schroffem Maße erfolgten, daß die Thüringer Luxusporzellanindustrie heute zum größten Teile nur noch 24 Stunden in der Woche arbeiten kann. Ein grelles Licht auf die schwierige Lage der Porzellanindustrie wirft die Tatsache, daß in 51 Luxusporzellanfabriken im Juni d. J. für 32 Millionen Mark Aufträge des Inlandes und für 11 Millionen Mark des Auslandes annulliert wurden, daß ihnen dagegen nur für 5 Millionen Mark neue Aufträge zugeflossen sind. In der Porzellan- und Keramikindustrie liegen die Verhältnisse ähnlich. So sind im Juni d. J. für 150 Millionen Mark inländische und für 28 Millionen Mark ausländische Aufträge abbestellt worden.“ Bei der Stimmung und den gespannten Erwartungen, mit denen man seitens der Hersteller wie der Einkäufer zur diesmaligen Herbstmesse erschien, war damit zu rechnen, daß alsbald Auseinandersetzungen und Preisverhandlungen über die Frage eines Preisabbaues stattfinden würden. Und dabei hat das Vorgehen des Händlertums einen bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen gehabt. Auf Drängen der Händlerschaft hat sich nämlich die Preiskommission des Porzellanverbandes zwar nicht zu einem Preisabbau, wohl aber zu einem Verzicht auf die freibleibenden Preise entschlossen. Damit hat man, hoffentlich noch rechtzeitig, begonnen, eines der Grundübel des deutschen

Exports in den letzten anderthalb Jahren, das uns schon den Verlust unseres gesamten Auslandsmarktes zu kosten drohte, auszuhalten. Nichts hat uns in den letzten Monaten so sehr die Symmetrien des Auslandes entfremdet und die Verkauflichkeit der deutschen Fabrikate überhaupt in Frage gestellt, als dieses dem deutschen Handel früher fremde und unbekannte Verfahren willkürlicher nachträglicher Preisaufschläge, die jede Kassulation illusorisch gemacht haben. Bei dem Ringen zwischen deutscher und amerikanischer Ware, besonders um den süd- und mittelamerikanischen Markt, sind wir durch diese Praxis schon arg ins Hintertreffen gekommen. Und es ist höchste Zeit, daß auch die anderen Zweige der deutschen Industrie nach dem Vorgange der Porzellanindustrie auf die „freibleibenden Preise“ verzichten. Selbst dann wird es Jahre dauern, bis der deutsche Fabrikant und unser Exporthandel das an Vertrauen wieder zurückgewinnt, was er in den letzten Monaten leichtsinnig aufs Spiel gesetzt hat. Wir wollen uns doch ja vor der Selbsttäuschung hüten, daß wir im Auslande nur Freunde haben, die allesamt nichts Besseres zu tun haben, als den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands uneigennützig zu fördern.

Wadernann.

Ueber die gegenwärtige Lage der elektrotechnischen Porzellanindustrie wird dem „Berl. Tagebl.“ von Unternehmerseite beschrieben: „Während des Krieges sind in einem Teile des Auslandes, z. B. in den nordischen Staaten, Schweiz, Holland, Spezialfabriken für elektrisches Porzellan entstanden, so daß diese Länder nicht mehr in dem früheren Umfange auf Deutschland angewiesen sind wie vor dem Kriege. Auch Amerika hat in diesen Mitteln eine stark entwickelte Industrie und macht sowohl in der Schweiz wie den Nordländern und Italien fühlbare Konkurrenz. Andererseits ist eine Ueberproduktion bei uns zu befürchten insofern, als eine Reihe von Porzellanfabriken die Fabrikation von elektrotechnischem Porzellan neu aufgenommen haben. Da die Betriebe nur bis 50—60 Proz. ausgenutzt werden können, sind die Herstellungskosten, abgesehen von Steuern und Löhnen, prozentual ganz wesentlich gestiegen, und es bedarf großer Anstrengungen, die Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten.“

Gräfenthal. Am 10. September fand eine Sitzung der Betriebsräte des Bezirkes Gräfenthal der Porzellanindustrie statt. In dieser Sitzung stellte der Kommunist Rhonthaler die Anfrage, wie sich die Betriebsräte zu der Wahl von politischen Arbeiterräten verhalten. Der Geschäftsführer des Porzellanarbeiterverbandes, Otto Erdmann, erklärte, daß dieses Sache der politischen Parteien sei, die Gewerkschaften hätten sich aber neutral zu verhalten und nicht in politische Dinge zu mischen. Nahezu einstimmig nahmen die Anwesenden dieser Meinung bei.

Köln. Wie schon bereits in Nr. 36 der „Ameise“ kurz berichtet wurde, stehen die Kollegen der Gipsfigurenbranche in Benlo (Holland) in einer Lohnbewegung. Nach Schilderung eines Kollegen, der in Benlo zurzeit tätig ist, sind dort Zustände, die für unsere Begriffe noch an die „gute alte Zeit“ erinnern. Vorwiegend wird in Afford gearbeitet bei einer Arbeitszeit von 10—12 Stunden pro Tag. Die Kollegen sind nun entschlossen, mit dieser Arbeitsmethode zu brechen.

Ende vorigen Monats reichten sie an die Unternehmer ihre Forderungen zwecks Verhandlung ein. Verlangt wurde 50stündige Arbeitswoche und 34 Gulden Lohn. Dies sollte bei Affordarbeit die Mindestgrenze gelten. Leider kam es durch die Halsstarrigkeit der Unternehmer nicht zu Verhandlungen. Die Kollegen sahen sich nun gezwungen, in den Streik zu treten. Dieser wurde am 1. September beschlossen. Zuvor mußten die Kollegen jedoch künden (nach der holländischen Gesetzgebung sind sie dazu nämlich verpflichtet — 8 Tage Kündigungszeit).

Als die Unternehmer merkten, daß die Kollegen ernstlich auf ihren Forderungen bestanden, sahen sie sich denn doch genötigt, wenigstens einen Vorschlag zu machen und zwar boten sie 34 Gulden bei 56stündiger Arbeitszeit pro Woche. Die Kollegen lehnten dieses Angebot ab. Am dritten Tage nach der Kündigung verlangten die Unternehmer erneut zu verhandeln und boten nun 53stündiger Arbeitswoche 10 Proz. Lohnaufschlag. Hierbei sollten sie Unstimmigkeiten unter die Kollegen zu bringen. Die meisten Kollegen, die nämlich in Stundenlohn arbeiten, erhielten nun 33 Gulden pro Woche, und die in Afford Arbeitenden erhielten bei 10 Proz. Aufschlag in Wirklichkeit nur 4—5 Proz. Aufschlag, was dadurch, daß die Arbeitszeit verringert wurde, ging den Affordarbeitern die Stundenzahl, die pro Woche weniger gearbeitet wurde, am Zahltag verloren. Diesen Vorschlag lehnten die Kollegen ebenfalls ab, so daß zurzeit die Verhandlungen noch nicht weiter aufgenommen sind.

Da in Holland durch die Affordarbeit mehr wie das Dreifache geleistet wird, natürlich bei sehr schlechter Qualität, liegt es unserem Interesse, daß die Kollegen von drüben den Kampf nicht beenden. Auf dem Weltmarkt leiden wir nämlich sehr

durch solche Schmutzkonzurrenz. Die holländischen Unternehmer werden nun bestrebt sein, Fertigware oder Arbeiter aus Deutschland zu bekommen. Unsere Pflicht ist es nun, dieses mit allen Mitteln zu verhindern. In Frage kommen die Firmen van Erp und Vinssen, beide in Venlo, mit mehr als 120 Kollegen.

Hermann Klein.

Magdeburg. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Dieser herrliche Sammelruf zum Kampf, den unsere Vorkämpfer prägten, klingt auch heute noch vielen Hunderttausenden, ja mehreren Millionen Arbeitern in den Ohren, d. h., soweit sie nicht von überradikalen Wortathleten betrunken gemacht sind. In Magdeburg war es uns mühselig gelungen, so gut wie alle Arbeiterinnen und Arbeiter der Steingutindustrie unserem Verbandsverbande zuzuführen. Das ging aber einigen Malern bei der Firma Carstens zu weit, und sie propagierten den Ruf: Proletarier, spaltet Euch! Tatsächlich brachten es 7 Maler fertig, die Verbandsbücher mit ihrer Abmeldung dem Kassierer zu überbringen. Nun beschäftigte sich eine Versammlung mit dieser syndikalistisch-revolutionären Tat und faßte eine Entschliekung, mit den Zersplitterern nicht weiterarbeiten zu wollen. Daraufhin klappten zwei um und zogen ihre Abmeldung zurück; also blieben noch fünf, die ganz „echten“ Revolutionäre. Diese Entschliekung sowie ihr „revolutionäres“ Verhalten im Betrieb brachten es zur Kündigung der fünf. Sie setzten sich aufs hohe stolze Revolutionsroß und hochtrabend ritten sie zum Schlichtungsausschuß, eine Einrichtung in der Republik, die sie sonst in Grund und Boden verdammen. Den „Gewerkschaftsbongzen“ mußte gezeigt werden, was eine Karte ist. Dem erdrückenden Material, welches der Betriebsrat in der Lage war, vorlegen zu können, konnten die fünf Muchkollegen nicht widerstehen, und der Schlichtungsausschuß entschied, daß die Kündigung zu Recht erfolgt sei. Betrübt verließen sie das Justizgebäude.

Gewiß, wir fühlen noch wie Menschen. Der eine oder der andere von uns ist schon ein- oder mehreremal arbeitslos auf die Straße geflogen, hat vielleicht gar auf „schwarzen Listen“ gestanden und fühlt heute noch die Wunden schmerzen, die ihm die Arbeitslosigkeit geschlagen hatte. Aber wie kann ein halbes Duzend Leute, die nur von diktatorisch-revolutionären Phrasen betrunken sind, es wagen, ihre Zersplitterungskeile in die eben geschlossenen Reihen zu treiben, die zur Selbsterhaltung führen muß, was nicht nur der Arbeiterschaft des betreffenden Betriebes zum Nachteil gereichen muß, sondern, wenn weiter zersplittert wird, für die gesamte Arbeiterschaft von bedenklicher Bedeutung ist? Eine solche Machination muß die „schwarze Listenzeit“, begünstigen, und das, Kollegen allerorts, muß vermieden werden. Hier mußte die Arbeiterschaft der Firma Carstens das Wohl der gesamten Arbeiterschaft im Auge behalten, mußte aus der Reserve heraus und endlich reinen Tisch machen. Proletarier, vereinigt Euch! Kolleginnen und Kollegen, dieser Mahnruf unserer alten Vorkämpfer ist wert, in Ehren gehalten zu werden, setzt ihn in die Tat um, haltet dem Verbands Eure Treue!

—g.—

Marktredwitz. Die Wahlen zum Betriebsratskongress. Auf diesem Kongress werden zweifellos Fragen behandelt werden, die von großer Bedeutung für die Arbeiterschaft sein werden. Deshalb ist es notwendig, die größte Sorgfalt bei der Auswahl unserer 6 Vertreter walten zu lassen. Die Vertreter sollen ja nicht das auf dem Kongress Gehörte nur für sich allein behalten, sondern im Kreise ihrer Wähler notwendigen Falles zu Ruh und Frommen der Allgemeinheit weiterverbreiten. Deshalb ist es notwendig, Delegierte zu wählen, denen rednerische Befähigung eigen ist, die auch die Mühe nicht scheuen, mündliche Berichte zu geben, soweit dies verlangt und auch ausführbar ist.

Hermann Bredow, Gauleiter.

Marktredwitz. Gauleitung Oberfranken-Oberpfalz. Zur Entlassung von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Porzellanindustrie. Viel zu wenig Kenntnis besteht bei der Arbeiterschaft über das Schlichtungswesen, wie viele Fälle von ungerechtfertigter Entlassung von Arbeitern aus den Betrieben der Porzellanindustrie beweisen.

Das Gesetz über Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten verlangt bei ungerechtfertigter Entlassung, daß der entlassene Arbeiter oder die Arbeiterin sich sofort innerhalb 5 Tagen beim Betriebsrat der Firma zu melden hat. Dieser hat dann einen Einigungsversuch beim Vertreter der Firma innerhalb der Kündigungszeit zu versuchen. Gelingt eine Einigung nicht, so hat dies der Betriebsrat den zur Entlassung stehenden Arbeitern oder Arbeiterinnen mitzuteilen.

Nun hat die Arbeiterin oder der Arbeiter das Recht, sich innerhalb 3 Wochen beim Schlichtungsausschuß zu beschweren, wenn der Betriebsrat die Entlassung ebenfalls als ungerechtfertigt ansieht. In diesem Falle kann auf Wiedereinstellung geklagt, eventuell Entschädigungsansprüche geltend gemacht werden, die der Schlichtungsausschuß festzusetzen hat. Viele in letzter Zeit vor-

genommene Entlassungen in der Porzellanindustrie veranlassen mich, dies den Kollegen und Kolleginnen bekanntzugeben. Der Gauleiter kann zur Vertretung der Interessen der Mitglieder vor dem Schlichtungsausschuß mitherangezogen werden.

Hermann Bredow, Gauleiter.

Im „Saalfelder Volksblatt“ lesen wir unter Rudolstadt: Die am 9. September tagende Versammlung der Betriebsräte der Porzellanarbeiter nahm Kenntnis von der ernsten Lage im Porzellan-gewerbe und beschließt einstimmig, daß, sollten die Unternehmer dazu übergehen, Kündigungen vorzunehmen, dieselben entschieden zurückgewiesen werden. Es soll im gegebenen Falle die Arbeitszeit dann noch mehr beschränkt und ein Ausgleich geschaffen werden, damit diese schwere Zeit gleichmäßig von allen Arbeitern getragen wird, bis wieder genügend Arbeitsgelegenheit geschaffen ist.

Selb. Von der Arbeitsgemeinschaft der Angestellten der keramischen Industrie, Zentrale Selb, wird uns berichtet: Die Porzellanindustrie hat es trotz ihrer geradezu glänzenden Konjunktur im und nach dem Kriege noch nicht fertiggebracht, die Gehälter der Angestellten auf eine diesen Verhältnissen auch nur einigermaßen angemessene Basis zu bringen. Dagegen haben die Unternehmer dieser Branche sehr rasch es sich zu eigen gemacht, was die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Mai ihren Mitgliedern über Lohnabbau empfohlen hat. Schon am 15. Mai wurde diese Walze bei den Verhandlungen aufgezogen und wenn auch da und während der Dauer des Tarifvertrages scharfe Auseinandersetzungen vermieden wurden, so durften doch die Arbeitgeber über die Stimmung der Angestellten und vor allen Dingen über das Urteil der Öffentlichkeit nicht im Zweifel sein. Trotzdem brachten sie es fertig, auch für die Verhandlungen über den Neuabschluß des am 31. August abgelaufenen Tarifes die Forderung eines zehnprozentigen Gehaltabbaues zu erheben, wobei nicht vergessen wurde, für die Angestellten unter 21 Jahren noch eine besondere Liebesgabe in Gestalt eines weiteren zwanzigprozentigen Abzuges bereitzustellen und außerdem natürlich die aus den Münchener Verhandlungen über den Landesmanteltarif sattem bekannten drei Punkte zum Geldgeschrei zu erheben. Die Angestellten, des Wertes einer friedlichen Verständigung voll bewußt, erklärten ihre Bereitwilligkeit zu Konzessionen in wesentlichen Punkten des neuen Tarifentwurfes. Die Arbeitgeber dagegen fanden sich nur bereit, für den Rest des Jahres auf Gehaltabbau zu verzichten (dazu waren sie allem Anschein nach zu Beginn der Verhandlungen entschlossen), dagegen aber forderten sie eine ganz ungemeine Verschlechterung des Urlaubsparagraphe. Da der Appell an die Arbeitgeber, auf dem Verhandlungswege diesen Standpunkt zu revidieren, erfolglos blieb, mußten die Verhandlungen schon nach verhältnismäßig kurzer Dauer scheitern. Das Landeseinigungsamt ist zwar von uns angerufen worden, doch hegen wir keine allzu große Hoffnung, daß die Arbeitgeber ihren Standpunkt wesentlich ändern werden. Es wird also nunmehr heißen müssen: Jetzt hat die Angestelltenschaft das Wort.

Aus anderen Organisationen.

Ein Appell an die alten Gewerkschaftler.

Kollegen! So wie ihr, sind auch eure Kinder verdammt, dem Kapitalismus zu fronen; als Kopf- oder Handarbeiter sind sie berufen, dem Kapital die Jugend zu opfern. Wenig bietet ihnen das Leben. Wo in dem Elternhause der freigewerkschaftliche Gedanke richtig bewertet, gehegt und gepflegt wurde, ist es selbstverständlich, daß der junge Kopfarbeiter sich organisiert im Zentralverband der Angestellten. Aber viel wurde gesündigt von euch Alten; nicht immer pflanzte ihr den freigewerkschaftlichen Gedanken in das Herz eurer Kinder, wo er als reife Frucht den Weg zur „richtigen“ Organisation zeigt. Gerade wir Angestellte leiden unter den Sünden der Vergangenheit und unter der Gleichgültigkeit der Gegenwart.

Fast immer sind es Proletariatskinder, die unter den Augen der Väter und Mütter den Weg in die bürgerlichen Verbände gefunden haben und zu Feinden des freigewerkschaftlichen Gedankens werden. Unter den wichtigsten Ursachen wird oftmals die Organisation gewechselt.

Es ist ein schmerzliches Gefühl, dies immer und immer feststellen zu müssen.

Helft aus, ihr alten Gewerkschaftler! Veranlaßt unter allen Umständen die Söhne und Töchter, soweit sie als Kopfarbeiter in Frage kommen, sich dem Zentralverband der Angestellten anzuschließen.

Zentralverband der Angestellten. Ortsgruppe Elberfeld-Barmen.

Zu den Richtlinien für die Wahlen zum Betriebsrätekonferenz. Bekanntmachung. In den in der Arbeiterpresse veröffentlichten Richtlinien für die Wahlen zum Betriebsrätekonferenz ist die Zahl der in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zusammengeschlossenen Angestellten mit 400 000 angegeben.

Diese Angabe beruht auf einem Mißverständnis. Der Zentralverband der Angestellten, welcher ebenfalls der Arbeitergemeinschaft angehört, zählt allein bereits 400 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl sämtlicher der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossenen Organisationen beträgt 750 000.

Zum Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung. Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands schreibt un-

„Wir lesen soeben in der Korrespondenz für Frauen-schriften, daß die Regierung dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung unterbreitet hat. Nach dem Gesetzentwurf sind einige Berufsgruppen, darunter die Landarbeiter und die Hausangestellten, wieder außerhalb dieses Gesetzes gelassen. Bis zum Fall der Gesindeordnung waren wir es gewohnt, Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Daß man heute bei Schaffung neuer Gesetze immer noch auf die Fehler zurückgreift, ist sehr bedauerlich. Warum gegen uns noch einen Ausnahmezustand; haben wir nicht lange genug darunter leiden müssen? Was hatten wir für Schwierigkeiten, um den Hausangestellten die Vorteile des Krankenversicherungsgesetzes zugänglich zu machen? Noch heute sind die Hausangestellten ausgeschlossen von der Unfallversicherung, trotzdem sie genau wie jeder andere berufliche Arbeiter körperlichen Gefahren ausgesetzt sind. Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands stellte auf dem letzten Verbandstage das Ersuchen an die Regierung, die Hausangestellten der Unfallversicherung der Reichsversicherung zu unterstellen.“

Und nun bei der Schaffung eines Gesetzes von so schließlicher Bedeutung schaltet man wieder bestimmte Berufsgruppen aus. Man könnte uns sagen, daß die Arbeitslosigkeit diesem Berufe zurzeit nicht besteht. Zugegeben, wir aber wollen nicht mehr Menschen zweiter Klasse sein; ein solches Gesetz muß alle Berufsgruppen schützen, ohne Ausnahme. Wir lenken damit abermals den Blick unserer Arbeitsbrüder auf das jüngste Werk unserer modernen Arbeiterbewegung, auf den Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands. Organisieren wir auch hier los, dann wird man es nicht mehr wagen, Ausnahme-gesetze zu schaffen.“

Vermischtes.

Deutschlands Kohlenförderung. Die amtlichen statistischen Erhebungen geben über die Entwicklung der Kohlenförderung in Deutschland ohne die abgetretenen Gebiete und ohne das Elsaßgebiet und die Pfalz, aber unter Einschluß Oberschlesiens im Vergleich zu früheren Jahren folgendes Bild. Im Juli wurden gefördert in 1000 Tonnen:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Preßkohlen aus Steinkohlen	Braunkohlen
1920	11 509,3	9234,9	2221,4	450,3	2079,5
1919	9 918,2	8492,6	1933,5	380,5	1787,7
1918	12 976,9	9128,1	2913,3	496,1	2232,1
1917	13 448,6	8235,1	2908,2	472,5	1973,1
1913	15 603,8	7508,5	2579,4	524,1	1905,5

Ein Vergleich der gesamten Förderung während der Monate Januar bis Juli im Jahre 1920 mit den Vorjahren zeigt folgende Ergebnisse (in 1000 Tonnen):

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Preßkohlen aus Steinkohlen	Braunkohlen
1920	73 399,2	61 439,3	13 855,2	2630,5	13 340,8
1919	58 281,8	52 035,3	11 412,0	2184,1	10 811,3
1918	90 666,5	60 220,5	19 597,0	3248,0	14 179,7
1917	86 957,3	53 456,8	18 749,8	2958,4	12 218,9
1913	100 274,8	49 408,7	17 644,0	3403,1	12 209,7

Aus der Gegenüberstellung, die auch für die früheren Jahre die Förderung Elsaß-Lothringens, des Saargebiets und der Pfalz nicht mehr enthält, ergibt sich, daß die Kohlenförderung im Jahre 1920 sowohl in der Gesamtheit der ersten sieben Monate als auch im Juli gegenüber dem Vorjahr ganz erheblich zugenommen hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kohlenförderung im vergangenen Jahre infolge der Streikwellen, die durch ganz Deutschland gingen, sehr schwer gelitten war. Wie weit wir noch von der Friedensleistung entfernt sind, zeigt ein Vergleich der obersten Ziffern jeder Tabelle mit denen der letzten aus dem Jahre 1913. Wir haben zwar eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Förderung an Braunkohlen, deren Heizwert hinter der Steinkohle weit zurückbleibt, dagegen haben wir an Steinkohlen noch nicht drei Viertel der Friedensproduktion erreicht. Im Lichte dieser Zahlen sind die Kohlenlieferungen an die Entente mit 2 Millionen Tonnen monatlich geradezu drückend. Die Steigerung der Kohlenförderung bleibt also die Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft.

(„Vergarbeiter-Zeitung.“)

„Wie können wir Rußland helfen?“ Unter diesem Titel erschien kürzlich im „Textilarbeiter“ eine angeblich aus Moskau kommende Zuschrift, die aber ganz sicher Moskau nie gesehen hat, sondern in der Leipziger Straße in Berlin verfaßt worden ist — eine Zuschrift, in der deutsche Facharbeiter für Rußland geworben werden. Bismarck zur selben Zeit ist auch in einer Anzahl politischer Arbeiterblätter eine Anzeige erschienen, in der mehrere hundert deutsche Facharbeiter für Sowjetrußland gesucht wurden. Diese Veröffentlichungen entstammen derselben Quelle, nämlich dem Unternehmen, das sich den hochtönenden Namen „Deutsch-Rußische Industriegewerkschaft“ beigelegt hat.

Wir warnen alle deutschen Arbeiter, die nicht blindlings in das größte Elend und den fast sicheren Untergang hineintreten wollen, dringend, auf die Werbungen der sogenannten Deutsch-Rußischen Industriegewerkschaft hinauszufallen. In der Spitze dieser „Gewerkschaft“ steht einer jener Sorte von „Kommunisten“, die es in den Rapptagen für gut befunden haben, mit der „Regierung“ sofort in freundschaftliche Verbindungen zu knüpfen. Aber nicht nur in politischer Hinsicht haben wir es hier mit einem äußerst „betriebsamen“ Unternehmer zu tun, sondern ebenso auch in — rein geschäftlicher Beziehung. Dieselben Gründer, die an der Spitze der „Deutsch-Rußischen Industriegewerkschaft“ stehen, haben kurze Zeit später auch eine „Deutsch-Rußische Waren-Austausch-Gesellschaft“ (W.-A.-G.) gegründet und dann — nach richtiger moderner Schiebermethode — die erste Gründung die zweite (oder umgekehrt) als „Tochtergesellschaft“ angegliedert.

Nochmals: Es kann nur jedem deutschen Arbeiter dringend empfohlen werden, gegenüber den Werbungen von dieser Seite und ähnlichen Unternehmungen die allergrößte Vorsicht an den Tag zu legen. Rußland ist vorläufig noch kein Arbeitsfeld für deutsche Arbeiter. Wann das einmal anders werden wird, kann heute noch kein Mensch sagen.

Auf dem Wege zur Einheitsorganisation im Verkehrsgewerbe. Am 7., 8. und 9. September tagte in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Gau- und Ortsvorstände im Deutschen Transportarbeiterverband, auf dem der Verbandsvorsitzende O. Schumann ein instruktives Referat über die Notwendigkeit der Schaffung eines Deutschen Verkehrsbundes hielt. Unter allgemeinem Beifall führte der Referent aus, daß es zwar für jeden, der am Aufbau des Transportarbeiterverbandes mitgewirkt habe, nützlich sein werde, von der alten Organisation Abschied zu nehmen, aber der festgefügte, 600 000 Mitglieder zählende Transportarbeiterverband sei bereit, dem Allgemeininteresse der Arbeiter seine Selbstständigkeit zu opfern und an dem Aufbau einer Organisation mitzuwirken, die die Sehnsucht vieler Tausender Arbeiter erfüllt. Die Konferenz bekannte sich zu der Auffassung des Referenten, daß sie einstimmig folgender Resolution zustimmte:

„Die am 7. bis 9. September 1920 tagende 18. Konferenz von Vertretern der Gau- und Ortsvorstände des Deutschen Transportarbeiterverbandes stimmt dem Anschluß des Verbandes an die für das gesamte Transport- und Verkehrsgewerbe zu schaffende Einheitsorganisation grundsätzlich zu. Sie beauftragt den Verbandsvorstand, die Verhandlungen über Schaffung dieser Einheitsorganisation mit den Leitungen der beteiligten Verbände unermüdlich aufzunehmen und dieselben so zu fördern, daß der Zusammenschluß möglichst bald erfolgen kann.“

Um für die Uebergangszeit eine gemeinsame Förderung der materiellen und erfolgreichen Vertretung der Interessen der Mitglieder der beteiligten Verbände auf wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiet zu gewährleisten, hält die Konferenz die sofortige Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der interessierten Verbände unter dem Namen Deutscher Verkehrsbund für unbedingt erforderlich.“

Nachdem die größte der in Frage kommenden Organisationen ihre grundsätzliche Zustimmung zu der Schaffung einer Einheitsorganisation im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe gegeben hat, liegt es nunmehr an den übrigen Organisationen, sich zu entscheiden, damit aus dem Plan bald die Tat erwachse. Ueber die Bedeutung einer solchen Organisation bedarf es keines weiteren Wortes.

Unternehmerlogik. Die Arbeitgeberzeitung weist auf den wachsenden Lohnunterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern hin. Der gelernte Arbeiter würde jetzt fast ebenso gut auskommen wie der ungelernte. Wird da nicht, so heißt es, der Drang zur Fortbildung, der doch die Grundlage eines wirtschaftlichen Aufschwunges bilden sollte, nicht völlig lahmgelegt? Wie denkt das Unternehmertum denn den Ausweg? Soll der Ungelernte etwa weniger verdienen, als er heute hat? Das ist doch recht möglich, da dem Arbeiter doch kaum das Existenzminimum gegeben wird. Entweder muß der Unternehmer also dem Gelernten mehr geben oder die kapitalistische Wirtschaft muß ihren Gewinn einmal beschneiden und an einer wesentlichen

Verbesserung der Lebenshaltung herangehen. Je billiger das Leben wird, um so mehr treten die Unterschiede zwischen Gelernten und Ungelernten von selber zutage. Aber solange das nicht der Fall ist, kann jeder, ohne Unterschied des Könnens, zum allerwenigsten verlangen sein Existenzminimum.

Proletarische Arbeit und Zahnpflege. Der Arbeitsstaub, unter dem alle Proletarier zu leiden haben, weil die Arbeitshygiene noch so mangelhaft ausgestaltet ist, übt seine schädliche Wirkung nicht nur auf die Lunge aus, sondern auch auf die Zähne. Der Staub setzt sich in den Zahnlücken fest und läßt von dort aus eine allmähliche Zerstörung der Zähne entstehen. Darum ist die Zahnpflege gerade für die Proletarier besonders wichtig. Die Ergebnisse der Wissenschaft, die auch neuerdings verschiedentlich wieder gemacht worden sind, sollten alle Proletarier auf die gewerbehygienische Bedeutung der Mundpflege hinweisen.

Versammlungsberichte.

Rehan. Die am 7. September stattgefundenen Zahlstellenversammlung beschäftigte sich u. a. auch mit dem von den Unternehmern geplanten Lohnabbau. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen kann davon gar keine Rede sein. Die von der Regierung festgesetzten hohen Mindestpreise für Kartoffeln (25 Mk. per Zentner) machen es vielen Familien unmöglich, ihren Winterbedarf anzuschaffen. Die hohen Kosten für Kleidung, Schuhe, Steuerabzug usw. machen die Gewährung einer Lohnerhöhung und einer Wirtschaftsbeihilfe notwendig.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Zahlstelle Rehan protestiert einmütig gegen den geplanten Lohnabbau. Die hohen Preise für den Lebensunterhalt machen im Gegenteile eine Erhöhung der Löhne, sowie die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe notwendig. Die Versammlung beauftragt die Verwaltung, beim Hauptvorstand zu beantragen, bei den nächsten Tarifverhandlungen in diesem Sinne zu wirken.“

Moskau. In der am 8. September stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde als erster Punkt das gekündigte Lohnabkommen behandelt. Nachdem verschiedene Kollegen das Verhalten der Unternehmer kritisiert und die Ausführungen darin gipfelten, daß statt eines Lohnabbaus eine Lohnerhöhung stattfinden muß, wurde nachstehende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen:

„Mit Entrüstung nimmt die heutige Zahlstellenversammlung Kenntnis von dem geplanten Lohnabbau durch die Unternehmer in einer Zeit, wo die Kosten der Lebenshaltung im größten Steigen begriffen sind. Die Unternehmer mögen sich merken, daß die Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen ankämpfen wird, bevor sie sich zu einer noch größeren Notlage herabdrücken läßt. Es ist wohl richtig, daß einmal zu einem Abbau geschritten werden muß, aber nicht am Lohn. Hier muß eine Preislenkung an allen Bedarfsartikeln in der Lebenshaltung eintreten. Wir verlangen eine 50 prozentige Lohnerhöhung und eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 Mk. für Verheiratete, 200 Mk. für Ledige und 50 Mk. für jedes zu unterhaltende Kind. Weiter fordern wir, daß Moskau bei der nächsten Tarifverhandlung in die Lohnklasse 2a versetzt wird.“

Zweiter Punkt: Von Seiten der Zahlstellenverwaltung wurde schon längere Zeit angeregt, die zwölfjährige Stiftungsfestfeier zu veranstalten; dieser Punkt wurde nach längerer Diskussion auf spätere Zeit verschoben. Dritter Punkt: Der eingebrachte Antrag, betreffend die Erhöhung der Entschädigung für Verwaltungsleistungen, wurde einstimmig angenommen, und werden jetzt 3 Mk. pro Mitglied und Sitzung vergütet. Vierter Punkt: Verschiedenes. Eine rege Diskussion entspann sich über einen Beschluß des Gewerkschaftsartikels, zu welchem die Zahlstellenverwaltungen und Betriebsräte beigezogen waren, und es wurden die Kartellbelegierten aufmerksam gemacht, in Zukunft bei derartigen Beschlüssen nur nach dem Verbandsstatut zu handeln. Nachdem noch verschiedene Aufforderungen an die Mitglieder ergingen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Tirschenreuth. Auf der Tagesordnung der am 28. August stattgefundenen Zahlstellenversammlung stand unter anderem: „Fortschreitende Teuerung und unsere Lohnverhältnisse“, worüber sich eine lebhafteste Debatte entspann. Preisabbau, dieses Schlagwort der letzten Zeit, das man an allen Ecken und Enden hört und uns hauptsächlich aus allen bürgerlichen Zeitungen entgegenrückt, ist ein Lohn auf die fortschreitende, in nächster Zeit mit Bestimmtheit zu erwartende weitere Teuerung, hauptsächlich der Lebensmittel. Diese sind es hauptsächlich, die die Erregung der Arbeiterschaft hervorrufen, denn zu viel mehr haben unsere bisherigen Löhne so nicht hingereicht. Der Einbedingung für den Winter stehen die Arbeiterfamilien ratlos gegenüber. Schon die Kartoffelpreise allein bringen der Arbeiterschaft fast unüberwindliche finanzielle Schwierigkeiten. So ist es beim Brot und noch einer ganzen Reihe Gebrauchsgegenstände. Es ist doch die natürliche Folge, daß bei den jetzt verteuerten Lebensmitteln alles andere auch wieder verteuert wird. Wir werden daher, so gut wir bis jetzt nichts verspürt haben von einem Preisabbau, auch in nächster Zeit nur das Gegenteil zu erwarten haben. Wohl wäre es höchste Zeit, daß die Berufsstellen einen vernünftigen Preisabbau am richtigen Platze erzwingen, wobei Buchergewinne an erster Stelle in Betracht kämen.

Von unseren Porzellanindustriellen nehmen wir mit Bestimmtheit an, daß sie seit den letzten Verhandlungen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß in unserer Industrie die Verhältnisse und Löhne zu einem Lohnabbau nicht gegeben waren, und jetzt erst recht nicht gegeben sind. Wenn die Porzellanarbeiter bei dieser bis jetzt höchsten Teuerung, die uns die Kriegssorgen gebracht haben, arbeitsfähig bleiben soll, ist eine bedeutende Lohnerhöhung notwendig. Unser Hauptvorstand sei hiermit aufgefordert, unser Lohnverhältnis mit der herrschenden Teuerung wieder in Einklang zu bringen bei den nächsten Verhandlungen, und wenn bei den Unternehmern der Ruf: „Nur Arbeit kann uns retten“, nicht leerer Schwall sein soll, müssen sie auch bestrebt sein, so viel an Lohn zu geben, daß der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen auch wieder existieren und arbeiten kann.

Vollstekt. In der letzten Zahlstellenversammlung gab der bisherige Vorsitzende, jetzt Lokalbeamter, Kollege Siegel, bekannt, daß er die Geschäfte der Zahlstellen Rudolstadt, Vollstekt und Schwarza übernommen hat, daß diese sich nunmehr auflösen und zu einem Bezirk zusammengefaßt werden. Die engere Verwaltung soll von genannten Orten gewählt, eventuell später angegliederte Zahlstellen wegen ihrer geographischen Lage durch Vertrauensleute vertreten werden. Laut Vereinbarung entfällt auf Vollstekt die Wahl des ersten Vorsitzenden sowie von fünf Beisitzern. Zum ersten Vorsitzenden wird Kollege Triebiger einstimmig gewählt. Selbiger nimmt die Wahl an und richtet an die Kollegen den Appell, ihn in der Ausführung seiner Geschäfte zu unterstützen. Die Wahl der übrigen Verwaltungsmitglieder erledigt sich. — Nach längerer Diskussion, bei welcher sämtliche Redner die Unzulänglichkeit der jetzigen Löhne infolge der weiter gestiegenen Lebensmittelpreise und sonstiger Artikel hervorheben, findet folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige Porzellanarbeiterversammlung fordert in Anbetracht der hohen Kartoffel- und Getreidepreise, sowie aller sonstigen Gebrauchsartikel eine Lohnerhöhung von 25 Proz. An einen Abbau der Löhne, wie es die Unternehmer beabsichtigen, kann bei der Lage unserer Wirtschaft nicht gedacht werden. Den Hauptvorstand fordern wir auf, mit aller Energie diese Forderungen bei den nächsten Tarifabschlüssen zu vertreten.“ — Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten schließt der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Literarisches.

Der in seinem fünfundvierzigsten Jahrgang vorliegende **Neue West-Kalender für das Jahr 1921** (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem: Kalendarium. — Rückblick. — Beachtenswerte Adressen. — Postalisches. — Unsere Toten (mit Porträts). — Wo ein Toter schlummert hält. Gedicht von Ludwig Bessen. — Messen und Märkte. — „Zeit.“ Gedicht von Ernst Pregel. — ... und nicht verzweifeln. Von Erwin Barth (mit Illustration). — Friederich Mutter. Eine Waschfrauengeschichte aus dem Badischen. Erzählung von Annie Strempel-Rehrmann (mit Illustrationen). — Volkswirtschaftliche Notizen. — Die neue Arbeiterdichtung. Von Franz Dieberich (mit Porträts). — Gemeinsamkeit und Gleichheit. Von Friedrich Engels. — Proben moderner Arbeiterdichtung. Gedichte. — Arbeit. Eine Skizze von Wilhelm Lennemann (mit Illustration). — Drei Bierzeiler. Gedichte. — Wilhelm Weitling in seinen späteren Jahren. Von A. Conrad (mit Illustrationen). — Landtagation. — Die Unterernährung und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit. Von Dr. Georg Wolff (mit Illustrationen). — Mann und Frau. Von August Bebel. — Bergbahnen. Von Ernst Trebesius (mit Illustrationen). — Die Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte. Von Friedr. Kleis (mit Illustration). — Allerlei Statistik (mit Illustrationen). — Nachtsicht. Erzählung von Gertha Bohl (mit Illustrationen). — Die Neuordnung unseres Siedelungswesens. Von A. Ellinger (mit Illustrationen). — Vom Geld. Von Dr. Alfred Triemer. — „An meinen Vater“ und „Der Prolet.“ Gedichte. — Fliegende Blätter. — Für unsere Mätselöser. — Außerdem ein Bild auf Kunstdruckpapier: „Vorwärts!“ Zeichnung von W. Krain, sowie ein Wandkalender. — Der Preis des Kalenders beträgt 2,25 Mk. Dazu der ortsübliche Teuerungszuschlag für den Buchhändler.

An die Zahlstellenkassierer!

Die (gelbe) Zahlkarte für die Arbeitslosenzahlung für das dritte Vierteljahr ist am 25. September auszufüllen und bis spätestens 4. Oktober einzusenden.

Um die säumigen Kassierer an ihre Pflicht zu erinnern, geben wir nachstehend die Zahlstellen bekannt, deren Kassierer die Zahlkarte für den Monat August nicht eingekandt haben:

Arnstadt, Burgau, Farge, Geringswalde, Gotha, Hausen, Hermisdorf, Hochtstadt, König, Krummenaach, Leipzig, Meuselbach, Müsch, Rothenbach, Schauberg, Schlenkingen, Schwarzenberg, Sophienau, St. Georgen, Wallhausen, Windischschenbach und Greußen. Das Verbandsbureau.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Leipzig. Sonnabend, den 25. September, abends 7 Uhr, im „Volkshaus“, Zeilstr. 32.

Magdeburg. Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, im Wintergarten, Friedrichsplatz.

Schlesingen. Montag, den 4. Oktober, abends 5 Uhr, im „Schichhaus“.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Müsch. Vorf.: Alfred Müdiger, Roda Nr. 25.

Storbekannt.

Breslau. Maria Steinert, Glasurerin, geboren zu Dels am 20. Juni 1888, gestorben am 7. September an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1919.

St. Georgen. Maria Müller, Glasurerin, geboren am 30. Juni 1888 zu Diste, gestorben am 6. September im Krankenhaus zu Leipzig an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1919.

Leipzig. Johann Angermüller, Former, geboren am 24. September 1878, gestorben am 5. September an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1919.

Selb. Johann Döring, Lagerarbeiter, geboren am 6. April 1860, gestorben am 6. September in der Klinik zu Erlangen an den Folgen einer Halsoperation. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Aufruf.

Das erste Mal wenden wir uns an die Zahlstellen, um für seit länger als zwei Jahre krankes und invalides, 30 Jahre dem Verbande angehöriges Mitglied, Oskar Rind, Dreher, ein Ehrenschein erbitten. In allen Rassen ausgesteuert, muß derselbe mit Frau seitlich von der kargen Invalidenrente in unserer teuren Gegend leben fristen. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Gelder sind zu senden an unseren Kassierer Richard Lubi, Virkgat bei Dresden, Hohe Straße 2.

Für die Zahlstelle Rottschappel. Der Vorsitzende: Mathias Eschen.

Ilmenau.

Das Geschäftslokal der Zahlstelle Ilmenau des Porzellanarbeiterverbandes befindet sich jetzt

Wiesenweg 2.

Alle Zuschriften sind zu richten an den Geschäftsführer

Mag Brehme, Ilmenau, Wiesenweg 2.

Die Verwaltung

Magdeburg. Um den Mitgliedern unnötige Wege zu ersparen bitte ich folgendes zu beachten: Bei Krankmeldungen ist auf alle Fälle Krankenschein und Quittungsbuch, bei Arbeitslosigkeit Invalidenka, eventuell Entlassungszeugnis und ebenfalls das Quittungsbuch vorlegen. In beiden Fällen hat die Meldung innerhalb 3 Tagen beim bezeichneten zu erfolgen.

Unterstützung wird gegen Vorzeigen des Krankenscheines bei der Invalidenkarte Sonnabends nachmittags von 3 bis 6 Uhr abgegeben. Albert Schlegelmilch, Kassierer, Speicherstr. 20, S. par.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Tüchtiger Dreher, erste Kraft, längere Zeit schon als Dreher tätig gewesen, mit Schablonenfeilen und allen sonstigen Arbeiten in Dreherei und Gießerei bestens vertraut, sucht Stellung als Oberdreher oder event. auch als Dreher in einer Stein- oder Tonwarenfabrik.

Gefl. Offerten an die Red. der „Ameise“ erbeten unter R.

Tüchtiger, solider Formgießer für Gebrauchsgeschirre sofort gesucht. Bedinge bevorzugt. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit erbittet Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau i. S.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Mische — Pinsel — Flaschen — Malrührstäbe usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Mische, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden in Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Stanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Beste Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Segeltuchschuhe mit Ledersohle und Zwickau, billigster Fabrikarbeiter Schuh! Hauspantoffel — Turnschuhe — Feinenschuhe, schick in weiß, grau und schwarz, weiße Kinderschuhe kaufen Sie billig bei R. Meyer, Weißwasser, D.-L., Schuhvertrieb.

— Verlangen Sie Preisliste. —

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Th.

Qualitäts-Zigarren.

z. Teil bis 50 Proz. Ermäßigung, à Stück 70, 75, 85, 100, 110, 120 u. Versand v. 50 Stk. ab in Originalkistchen. Nordhäuser Zantab 10 R. od. Rn. 1650 Mk. Universal-Verf., Hermisdorf, S.-A.

Dep. 1919. Beste Bedien.	Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art  Preisliste Schneider, Zwickau, S., Oste-Weißstr. 32	Gold- Platina- Silber- preis auf Anfrage
---	---	---

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verm. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Rob. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.